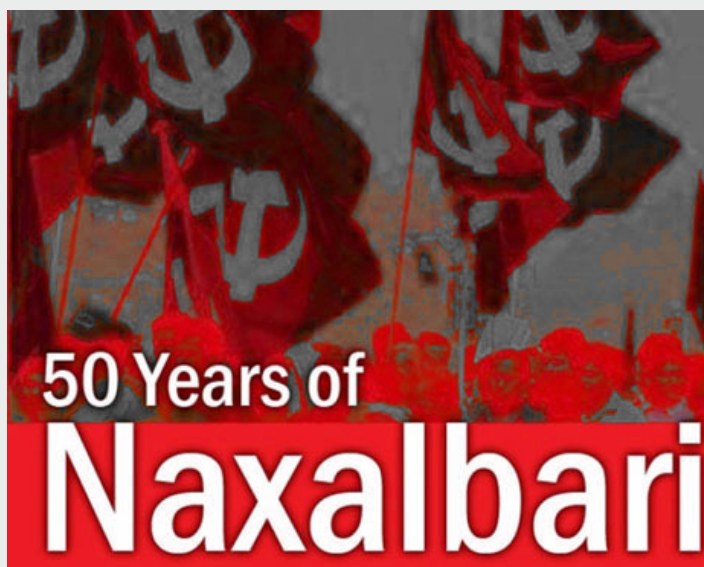


ALLE GEGEN DIE G20!



HAMBURG: Von 6. bis 8. Juli gibt es Aktionen und Demonstrationen gegen den G20 Gipfel. Die Proteste richten sich gegen die größten Imperialisten und ihre Lakaien weltweit. Sie sind Kriegstreiber und profitieren von Elend und Massenmord! Der Kampf gegen die G20 ist ein internationaler Kampf: Alle auf nach Hamburg!



50. Jahrestag des großen Naxalbari Aufstandes

Im Mai 1967 erhoben sich die Unterdrückten in der Region Naxalbari (Indien) zum bewaffneten Aufstand gegen Großgrundbesitzer und imperialistische Mächte. Wesentliche Bezugspunkte waren das sozialistische China, die Kulturrevolution und die Lehren Mao Zedongs.

Als wichtiger Anführer des Naxalbari-Aufstandes ging Charu Mazumdar hervor, dessen Lehren bis heute durch die Kommunistische Partei Indiens (maoistisch) und den Volkskrieg weiterleben!

- Sonderbeilage mit Plakat Seite 7-10 -

ANTIFASCHISMUS	S. 3, 4, 12	IDEOLOGIE/DEBATTE	S. 4
EINKASTELT	S. 5	FEMINISMUS	S. 14
VOLKSKRIEG	S. 15	INTERNATIONAL	S. 6, 11

KONTAKT

Redaktion der Antifaschistischen Aktion:

red.afa@gmx.at

VERKAUF

Die Antifaschistische Aktion kann man in den folgenden Buchhandlungen kaufen:

ÖGB Verlag Buchhandlung
Rathausgasse 21
1010, Wien

Lhotzkys Literaturbuffet
Taborstr. 28/Eing.
Rotensterngasse 2
1020, Wien

Librería Utopía - radical book-store vienna
Preysingasse 26-28
1150 Wien

Buchhandlung Alex
Hauptplatz 21
4020 Linz

Buchhandlung Liber Wiederin
Elerstraße 6
6020 Innsbruck

LESE-EXEMPLARE

Arbeiterkammerbibliothek
Wienerstraße 7
7000 Eisenstadt

Café Gagarin
Garnisonsgasse 24
1090 Wien

Café Derwish
Lerchenfelder Gürtel 29
1160 Wien

Kulturverein w23
Wipplingerstrasse 23
1010 Wien

ABO

Es gibt die Möglichkeit die Antifaschistische Aktion 11 Mal im Jahr per Post direkt nach Hause zu bekommen!

Kosten: 20 Euro

Bestellung an:

red.afa@gmx.at

Die Antifaschistische Aktion erscheint monatlich, jeweils zur Monatsmitte.

Neue Homepage:



www.afainfoblatt.com

Unterstützt die Arbeit der AfA!

Verbreitet die AfA im Internet über die neue Homepage und Facebook - helft mit die Reichweite der AfA zu vergrößern!

Wollt ihr aktiv mitmachen? Unterstützt unsere AktivistInnen beim Zeitungsverkauf auf der Straße!

Schreibt uns Leserbriefe und Korrespondenzen - aus dem Betrieb, dem Wohnviertel, von Konzerten oder von Demonstrationen!

Die AfA kostet natürlich auch Geld - ihr unterstützt unsere Arbeit auch mit einer Spende!

Redaktion der AfA,
15.Mai 2017



UKRAINE

KORRESPONDENZ

Odessa, Stadt der Helden

Am 2. Mai. 2017 jährte sich zum dritten Mal das Massaker von Odessa. Damals folterten, erschossen und verbrannten ukrainische Faschisten 42 Gegner der offenen faschistischen Regierung im Land.

Das Massaker in Odessa war eine großangelegte Aktion der Regierung und des Staates. Sie verfolgten mit dem Massaker das Ziel, sämtliche Regierungsgegner im Land einzuschüchtern und zum Schweigen zu bringen.

Ohne Erfolg! Die faschistische ukrainische Regierung hat es dadurch und auch durch andere Angriffe auf das Volk nicht geschafft es zum Schweigen zu bringen. Auch dieses Jahr gedachten ca. 1000 Menschen in Odessa dem Massaker, obwohl sie wie in den Jahre zuvor von der Polizei unterdrückt und von Faschisten angegriffen wurden und nach wie vor AntifaschistInnen gezielt ermordet werden. Die Polizei hat ihnen dieses Jahr sogar verboten Fotos ihrer ermordeten Angehörigen mitzubringen.

Noch viel mehr Menschen nutzten jedoch den 9. Mai, der in Osteuropa und andernorts als der Tag des Sieges über den Nazi-Faschismus begangen wird, um den Ereignissen aus Odessa zu gedenken. Über 10.000 Menschen marschierten an diesem



Tag in Odessa und riefen Parolen wie „Odessa, Stadt der Helden“ und „der Faschismus wird nicht bleiben“. 20 von ihnen wurden festgenommen.

Auch in anderen ukrainischen Städten wurde dieser Tag im Andenken an das Massaker begangen. In Kiev, Dnipropetrovsk, Mykolaiv, Kharkov und Zaporizhia gab es an diesem Tag riesige Demonstrationen von AntifaschistInnen. Sie wurden entweder von Faschisten oder der Polizei angegriffen, es gab Schlägereien und Festnahmen. Diese Demonstrationen sind ein lebendiger Beweis dafür, dass auch der offene Faschismus den Widerstand des Volkes nicht brechen kann.

Auch in anderen Ländern wie zum Beispiel Italien, Deutschland, Dänemark, Russland,.. gab es Kundgebungen und Veranstaltung im Andenken an das Massaker von Odessa.

Auch in Wien gab es am 2. Mai eine Kundgebung. An ihr beteiligten sich unterschiedlichste Kräfte mit unterschiedlichen Forderungen. Im Mittelpunkt stand dabei die Verurteilung des widerlichen Massakers in Odessa. Eine wichtige Forderung war u.a., dass sich Österreich im Ukrainekrieg neutral verhalten soll. Diese Position ist deshalb wichtig, weil Österreich in vielen Punkten aktiv die offene faschistische Regierung in der Ukraine unterstützt, und damit auch seine Neutralität bricht.

Tod dem Faschismus und Imperialismus!

Hoch die internationale Solidarität!

KÄRNTEN / KOROŠKA

Repression gegen AntifaschistInnen in Kärnten/Koroška

Steigende Repression gegen AntifaschistInnen in Kärnten/Koroška, zeigen wir uns solidarisch!

In den letzten Monaten wurden AntifaschistInnen in Kärnten/Koroška wiederholt von mehreren Seiten angegriffen. Ende Dezember 2016 wurde in Klagenfurt/Celovec eine Antifaschistin von Faschisten auf der Straße verprügelt. Als Nächstes wurden Ende März fünf AntifaschistInnen zu einer Geldstrafe von mehreren hundert Euro verurteilt. Ihnen wird vorgeworfen Nazi-Gedenktafeln am Ulrichsberg (Berg in Kärnten) mit Farbe bemalt zu haben. Ende April kam der nächste Schlag, als ein

Jugendzentrum den AntifaschistInnen einen für eine Feier zugesagten Raum auf äußeren Druck hin absagen musste. Geplant war eine Feier anlässlich des Sieges über den Nazi-Faschismus am 8. Mai. 1945 zu veranstalten. Zahlreiche Bands wären gekommen, die AktivistInnen investierten viel Zeit und Geld,... doch dann kam die Absage des Jugendzentrums. Da die Veranstaltung breit angekündigt wurde, konnten Faschisten den Veranstaltungsort erfahren (das Jugendzentrum) und es unter Druck setzen.

Die Repression von Seiten des Staates und Angriffe durch Faschisten haben im letzten Jahr, aber auch 2017 deutlich zugenommen.

Das ist auch nicht der erste Fall in dem Druck auf frei nutzbare Räume ausgeübt wird, wie im Fall des Amerlinghauses (Wien), dem wegen einer israelkritischen Filmvorführung mit totalem Förderungszug gedroht wurde.

Wir haben aber auch gesehen, dass wir uns von solchen und anderen Angriffen nicht einschüchtern lassen dürfen, wie beispielsweise im Fall der vier verurteilten Innsbrucker Feministinnen. Lassen wir uns auch dadurch nicht einschüchtern!

**Antifaschismus ist gerechtfertigt
- gegen jede Repression!**

„Alles ist Blendwerk außer der Macht!“ (W. I. Lenin)

Zum Jahrestags der Niederschlagung des Nazifaschismus am 8. Mai 1945.

Noch heute feiern Millionen Menschen den 8. Mai als Tag der endgültigen Kapitulation Nazi-Deutschlands. Zurecht wirkt dieser Tag bis heute auf das Selbstbewusstsein vieler ArbeiterInnen und sogar ganzer Nationen, die aus eigener Kraft Wesentliches dazu beigetragen haben die scheinbar übermächtige Bestie in die Knie zu zwingen. Auch auf Grund der heutigen Lage, in der die offen faschistischen Kräfte immer mehr ihre Köpfe recken, gewinnt der 8. Mai für die antifaschistischen Kräfte an Bedeutung.

Es sind die Alliierten Kräfte und die nationalen antifaschistischen Widerstandskriege die dem Nazi-Faschismus schwere Schläge versetzt haben. Doch wäre diese internationale antifaschistische Einheitsfront nicht möglich gewesen ohne der

Führung der Sowjetunion. Den Nazis wäre ohne der Sowjetunion schlussendlich nicht das Genick gebrochen worden. Die Sowjetunion konnte und musste diese Position einnehmen, nicht weil sie eine „besonders starke Macht“ war, auch nicht weil sie „besonders eifrig kämpften“. Das auch, doch vor allem weil die Sowjetunion die Macht der Arbeiterklasse repräsentierte, weil durch die Oktoberrevolution die ArbeiterInnen und Völker der Welt ein revolutionäres Zentrum errungen haben. Ohne die Oktoberrevolution hätte die Arbeiterklasse international nicht so geeint werden können, hätten sie den langwierigen Kampf nicht führen können und einen großen Sieg über den Faschismus erringen können.

Mao Zedong brachte die Rolle der Okto-

berrevolution und der Sowjetunion in folgendem Zitat gut auf den Punkt: „Hätte man sich ohne die Oktoberrevolution, ohne die Kommunistische Partei der Sowjetunion, ohne die Sowjetunion und ohne eine antiimperialistische revolutionäre Einheitsfront im Westen und im Osten, geführt durch die Sowjetunion, den Sieg über das faschistische Deutschland, Italien, Japan und ihre Lakaien vorstellen können?“

Der 8. Mai muss allen ehrlichen AntifaschistInnen deshalb auch zeigen, dass der antifaschistische Kampf auf die Eroberung der politischen Macht orientieren muss, denn die zentrale Lehre Lenins besonders auch im antifaschistischen Kampf seine Richtigkeit beweist: „Alles ist Blendwerk, außer der Macht!“.



WIEN, 1. Mai 2017: Transparent auf der Votivkirche "Alles ist Blendwerk außer der Macht! 100 Jahre Oktoberrevolution"



"Der große Tag des Sieges über Deutschland ist gekommen. Von der Roten Armee und den Truppen unserer Verbündeten auf die Knie gezwungen, hat sich das faschistische Deutschland für besiegt erklärt und bedingungslos kapituliert" Auszug von Stalins "Ansprache an das Volk" vom 9. Mai 1945

EINGEKASTELT

ÖSTERREICH

Wie in der Antifaschistischen Aktion bereits berichtet wurde, versucht die Gefangenen Gewerkschaft/ Bundesweite Organisation (GG/BO, Deutschland), ihre Forderungen nach grundsätzlichen Arbeitsrechten für Gefangene nicht nur in Deutschland, sondern auch in Österreich aufzugreifen. Die Notwendigkeit dafür besteht ohne Zweifel. Denn in Österreich ist jeder arbeitsfähige Insasse dazu verpflichtet zu arbeiten (siehe Bild). Dies allerdings zu einem Hohn von einem Lohn: 1 – 1,50€ pro Stunde! Auch ohne Einzahlung in die Pensionskasse, was sich nach Haftentlass an fehlenden Versicherungsjahren 'bemerkbar' macht.

Zunehmend mehr Firmen lassen in Gefängniswerkstätten produzieren, neben C&A, Asfinag, Deichmann, etc., auch bald die Hersteller der „alternativen“ Waldviertler-Schuhe Gea (geplant in Stein an der Donau).

Für die gerechtfertigten Forderungen der Gefangenen gibt es allerdings von den bürgerlichen Parteien kein Verständnis. „Das System Häftlingsarbeit, auch im Auftrag privater Firmen, ist

grundsätzlich wichtig und richtig.“ so der Grünen Justizsprecher Albert Steinhäuser, und weiter: „Es sei auch wichtig, zu sehen,

dass es sich eben nicht um normale Arbeitsverhältnisse handle.“

„Die Unternehmen kann man nicht in die Pflicht nehmen“, sagt Neos-Justizsprecher Nikolaus Scherak. Diese würden "sich den Vorteil ja nicht erschleichen". Und von der FPÖ (Harald Stefan): „Ein Mindestlohn und Pensionsversicherung für Häftlinge ist der falsche Ansatz.“ – dieser Mensch plädiert sogar für einen Ausbau des „Angebots für Firmen“. Für die Unternehmer liefern allerdings



JUSTIZ DIE ÖSTERREICHISCHE JUSTIZ

JUSTIZ	MINISTERIUM	STAATSANWALTSCHAFTEN	GERICHTE	STRAFVOLLZUG	BÜRGERSERVICE
Strafvollzug					
Justizanstalten					
Wiener Jugendgerichtshilfe					
Strafvollzugsakademie					
Statistik					
Arbeitswesen					
Unternehmerbetriebe					
Werkstätten					
Produkte					
Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB)					
Karriereportal					
Elektronisch überwachter Hausarrest					

ARBEITSWESEN

Jeder arbeitsfähige Strafgefangene ist verpflichtet, Arbeit zu leisten. Dafür stehen in den Justizanstalten verschiedene Werkstätten und Betriebe in rund 50 "Sparten" zur Verfügung. Die Justizanstalten übernehmen auch Arbeit für Betriebe der freien Wirtschaft, wobei Preise und Arbeitsmöglichkeiten über die Anstalten selbst erfragt werden können.

Im Rahmen des Freigangs besteht für Unternehmer die Möglichkeit, Insassen für Arbeiten außerhalb der Justizanstalt heranzuziehen. Bei dieser Art der Beschäftigung können Strafgefangene als so genannte Freigänger am Morgen die Justizanstalt verlassen. Sie arbeiten tagsüber in Ihrer Firma und kehren nach Arbeitsende wieder in die Justizanstalt zurück. Dies beinhaltet die Möglichkeit im Berufsleben zu bleiben oder bereits während der Haft den Wiedereinstieg in das Berufsleben zu schaffen. Der Vorteil für Sie als Unternehmer besteht darin, dass hochmotivierte Arbeitskräfte sofort zur Verfügung stehen und bei einem derartigen Beschäftigungsverhältnis der Arbeitgeberbeitrag für die Sozialversicherung bei den Lohnkosten entfällt.

die Insassen von Gefängnissen dieselbe (normale) Arbeit. Der Strafvollzug in Österreich ist auf die Unternehmen zugeschnitten und sie nennen es auch noch „Resozialisierung“.

Unterstützt die gerechtfertigten Forderungen der GG/BO!

Auch im Gefängnis müssen gewerkschaftliche Rechte gelten! Gegen die „Sonderwirtschaftszone“ Häfn!

PALÄSTINA

Palästinensischer Hungerstreik

Am 17. April 2017 traten rund 1.500 palästinensische politisch inhaftierte Gefangene in einen Hungerstreik. Grund dafür ist die unmenschliche Behandlung von Inhaftierten wie Isolationshaft, körperliche wie psychische Misshandlungen, medizinische Vernachlässigung und Verweigerung von Völkerrechten wie z.B. Besuch von der Familie. Die Führung des Hungerstreiks wurde in Isolationshaft gesteckt was ungeheuerlich ist. Unter den 6.300 politischen Gefangenen sind laut Menschenrechtsorganisationen etwa 300 Kinder.

Amnesty International schreibt zu dem Besuchsrecht von Familienangehörigen, dass dieses vollkommen ignoriert wird. Dass dies nicht nur grausam sondern

auch eklatant gegen das Völkerrecht verstößt interessiert die Zionisten herzlich wenig. Die EU steht auf Seiten der Zionisten. Unter anderem wird die israelische Nationalpolizei in ihren Forschungsprojekten für Verhörtechniken mit EU-Steuergeldern finanziert. Unternehmen wie Hewlett-Packard (HP) und G4S profitieren von der Unterdrückung und dem Massenmord an den palästinensischen Massen: Diese Firmen machen sich durch ihre Bereitstellung von verschiedenen biometrischen Techniken, die Israel ermöglicht ein System der rassistischen Apartheid und Segregation zu verwalten und aufrecht zu erhalten, mit schuldig.

Wir als bewusste AntifaschistInnen und AntizionistInnen haben die Pflicht hier eine klare Solidarität auszusprechen

und diesen Hungerstreik zu unterstützen. Wir solidarisieren uns nicht nur mit dem Hungerstreik sondern mit dem ganzen antizionistischen Widerstand, speziell in Palästina! Wir fordern nicht nur eine menschenwürdige Behandlung von Gefangenen in den zionistischen Folterknästen sondern wir fordern ebenfalls die Freilassung aller politischer Gefangenen die dort inhaftiert sind. Israel ist ein faschistischer Vorposten-Staat, der von der EU und Amerika finanziert wurde und wird.

Solidarität heißt Widerstand - Kampf dem Faschismus in jedem Land!

Zionismus ist Faschismus! Tod dem Faschismus!

Ali. B.

KORRESPONDENZ

Alles zum G20-Gipfel nach Hamburg!

Anfang Juli haben die mächtigsten Imperialisten, sowie ihre wichtigsten Lakaien, ihren G20 Gipfel in Hamburg. Hamburg wird sich während dieser Tage in eine Hochsicherheitsburg und in ein Zentrum der Proteste gegen den Imperialismus verwandeln.

Trump, Putin, Merkel und Co., sie sind weltweit verhasste Feinde der Völker! Zurecht, sind sie doch Stellvertreter für imperialistische Kriege, Terror, Massenterror und Elend. Die G20, allen voran der US-Imperialismus sind die Feinde der ungeheuren Mehrzahl der Weltbevölkerung.

Wer zählt zu den G20 („Gruppe der 20 wichtigsten Industrie und Schwellenländer“)? Das sind imperialistische Staaten wie USA, China, Russland, Japan, Kanada, Deutschland, Frankreich, Italien, England, Australien und die Allianz der EU. Und die so genannten „Schwellenländer“ - also vom Imperialismus unterdrückte und ausgebeutete Länder, wie Indien, Mexiko, Brasilien, Argentinien,

Türkei, Südafrika, oder Südkorea.

Weltweit den größten und tiefsten Hass der Völker gilt dem US-Imperialismus, zurecht, denn mit seiner langen Zeit der Hegemonie und der beispiellosen weltweiten Aggression ist er der Hauptfeind der Völker.

Weniger bekannt, doch vor allem für die kämpfenden Massen Indiens von Bedeutung, ist der Vertreter des indischen hindufaschistischen Staates: Modi. Er ist als einer der wichtigsten Lakaien der Imperialisten selbstverständlich im Juli in Hamburg auch vertreten. Vor allem unter dem Banner des proletarischen Internationalismus und der Solidarität mit dem Volkskrieg in Indien, muss seiner Person besondere Beachtung geschenkt werden. AntifaschistInnen, Revolutionäre und KommunistInnen kämpfen Schulter an Schulter mit den GenossInnen in Indien - sie zu unterstützen, ihren Kampf zu verteidigen, heißt auch gegen die G20 zu kämpfen!

„Demoverbote, Gefahrengelände, Anwerbeversuche durch den Verfassungsschutz, angekündigte beschleunigte Verfahren bei Schnellgerichten, eine neu gebaute Gefangenenansammelstelle (GeSa) in einem alten Großmarkt und ein Sonderknast auf einer abgelegenen Elbinsel... der G20-Gipfel in Hamburg steht unübersehbar bevor und mit ihm die drohende Repression.“

Mehrere 10.000 PolizistInnen mit unzähligen Einsatzfahrzeugen, Wasserwerfern und sogar eigens für den Gipfel angeschaffene Panzer sollen im Juli für einen ungestörten Ablauf des Treffens der Staats- und Regierungschefs der G20 sorgen. Gleichzeitig wird deutlich gemacht, dass Protest und Widerstand gegen das Gipfeltreffen im Zweifel mit Schlagstock, Pfefferspray, Verhaftung und Verurteilung zu rechnen hat.“

(www.rote-hilfe.de)

Auf nach Hamburg, beteiligt euch bei den Aktionen gegen die G20!

Aktionen gibt es vor allem von 6. bis 8. Juli, wobei am 8. Juli eine Großdemonstration stattfindet.

Könnt ihr nicht nach Hamburg fahren, dann beteiligt euch bei Mobilisierungsaktionen! Helft mit Leute gegen die G20 zu gewinnen. Unterstützt die Organisationsarbeit in Österreich, unterstützt die von Repression Betroffenen... es gibt für alle was zu tun!

Gemeinsam gegen die G20! Hoch die internationale Solidarität!



**Nieder mit dem Imperialismus und seinen Lakaien!
Es lebe der proletarische Internationalismus!**

50 Jahre Naxalbari Aufstand

"Naxalbari ist die Trennungslinie in allen Aspekten der halbfeudalen, halbkolonialen indischen Politik, Gesellschaft und Kultur zwischen den ausbeutenden und den ausgebeuteten Klassen, den Herrschern und den Beherrschten, der Kompradorenbourgeoisie und den breiten Massen der Bauernschaft und der Arbeiterklasse, der parlamentarischen Politik und dem ihr entgegengesetzten Weg des Volkes. In einem Wort, der Klassenkampf unter der Führung der Arbeiterklasse als Avantgarde zur Eroberung der Staatsmacht durch das Volk, den produktiven Kräften zur Veränderung der Produktionsverhältnisse.

Die Naxalbaribewegung definierte das erste Mal den Charakter der Staates als halbfeudal und halbkolonial, als Diktatur der Kompradorenbourgeoisie. Sie nahm den Maoismus, den Marxismus-Leninismus dieser Epoche als ihre Weltanschauung an. Sie verweigerte die parlamentarische Politik. Sie nahm den Weg der Neudemokratischen Revolution auf und führte einen langandauernden Krieg gegen den Staat, durch den bewaffneten Kampf als Hauptform des Kampfes."

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Indiens (maoistisch)



Vor 50 Jahren, im Mai 1967, begann in Naxalbari, einem Ort im Distrikt Darjeeling in Westbengalen (Indien), eine große Erhebung der armen Bauern, Indigenen und LandarbeiterInnen gegen die Großgrundbesitzer und die Imperialisten. Der Naxalbariaufstand markierte einen Wendepunkt, denn es war das erste Mal in dieser Epoche, dass der Kampf in Indien aus den Massen nicht nur für einzelne Forderungen, sondern für die Macht geführt wurde.

Unter Führung des Kommunisten Charu Mazumdar griffen die Bauern und LandarbeiterInnen zu den Waffen. Sie befreiten rund 300 Dörfer und kontrollierten im März 1969 ein Gebiet von ca. 500-700 km². Es wurden Bauernkomitees gegründet, die in diesen Gebieten eine eigene Verwaltung organisierten. Die ehemaligen Großgrundbesitzer und Reaktionäre wurden vor Volksgerichte gestellt.

"Wenn uns der Kampf der Bauern von Naxalbari eines lehrt, dann das: militante Kämpfe müssen nicht für Land, Ernte, usw.. geführt werden, sondern für die Eroberung der Staatsmacht. Es ist genau das, was dem Naxalbarikampf

seine Einzigartigkeit verleiht."

(Charu Mazumdar, 1968)

Der reaktionäre indische Staat versuchte sofort mit allen Mitteln die Bewegung niederzuschlagen. Es folgten Jahre des Terrors gegen die revolutionäre Bewegung, Folter, Hinrichtungen und Inhaftierungen. Bis zum Mai 1970 gelang es dem indischen Staat einen Großteil der führenden Kräfte zu ermorden, allein 1971 befanden sich über 30.000 Naxaliten in Gefängnissen.



Charu Mazumdar wurde 1972 im Gefängnis ermordet.

Naxalbari war ein Sieg gegen den Revisionismus

Die Naxalbari-Bewegung wurde zwar niedergeschlagen, sie war aber dennoch ein großer Sieg.

"Naxalbari lebt und wird leben. Deshalb, weil es auf dem Boden der unbesiegbaren Ideologie des Marxismus- Leninismus-



Mao Tsetung Denken steht."

(Charu Mazumdar)

Naxalbari war beeinflusst von der Großen Proletarischen Kulturrevolution in China. Charu Mazumdar und seine GenossInnen, die sich hinter die chinesische Revolution und Mao stellten und seine Kritik des Revisionismus, speziell gegen die Führer der Sowjetunion, unterstützten, führten einen harten Kampf gegen die Revisionisten in der Kommunistischen Partei Indiens (Marxist). Naxalbari war ein Produkt dieses Kampfes und lebender Beweis für die
... weiter auf Seite 10

50 JAHRE NAXAL

"Wenn uns
Naxalbari e
Militante K
Ernte, usw.
Eroberung o
das, was de
Einzigartigk



ES LEBE DIE KOMM
INDIENS (M.



UNTERSTÜTZT DEN VO

*Antifaschistische
Aktion*



NAXALBARI AUFSTAND

**Der Kampf der Bauern von
Chines lehrt, dann das:
Kämpfe müssen nicht für Land,
geführt werden, sondern für die
der Staatsmacht. Es ist genau
dem Naxalbarikampf seine
Zeit verleiht."**

Charu Mazumdar



**UNISTISCHE PARTEI
AOISTISCH)!**

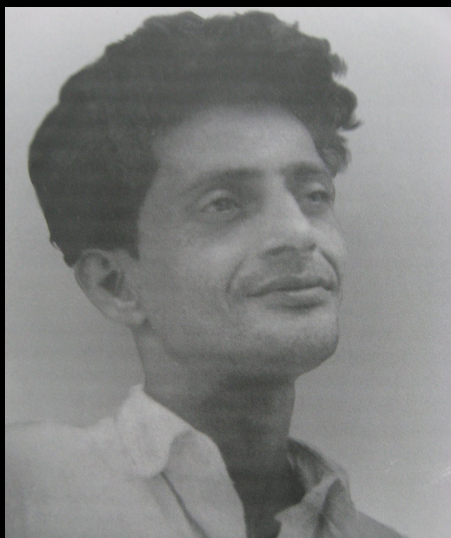
OLKSKRIEG IN INDIEN!

Charu Mazumdar

1918-1972

Charu Mazumdar war Führer der Naxalbaribewegung und leistete wichtige Arbeit, indem er den Maoismus (damals Mao Tse-Tung Denken) auf die konkreten Verhältnisse in Indien anwendete. Er führte scharfen Kampf gegen die indischen Revisionisten und ebnete den Weg für die neudemokratische Revolution in Indien. Während der Naxalbaribewegung wurde unter seiner Führung 1969 die Kommunistische Partei Indiens ML gegründet, die sich 2004 mit dem Maoistischen Kommunistischen Zentrum zur KPI(Maoistisch) vereinigte, was eine neue Qualität des Kampfes bedeutete.

"Eine ehrwürdige internationale Verantwortung liegt auf unseren Schultern und wir müssen diese absolut erfüllen. Es gibt keinen Zweifel, dass dies große Opfer von uns fordert, aber wann haben Revolutionäre gefürchtet, Opfer zu bringen?" (Charu Mazumdar)



... weiter von Seite 9

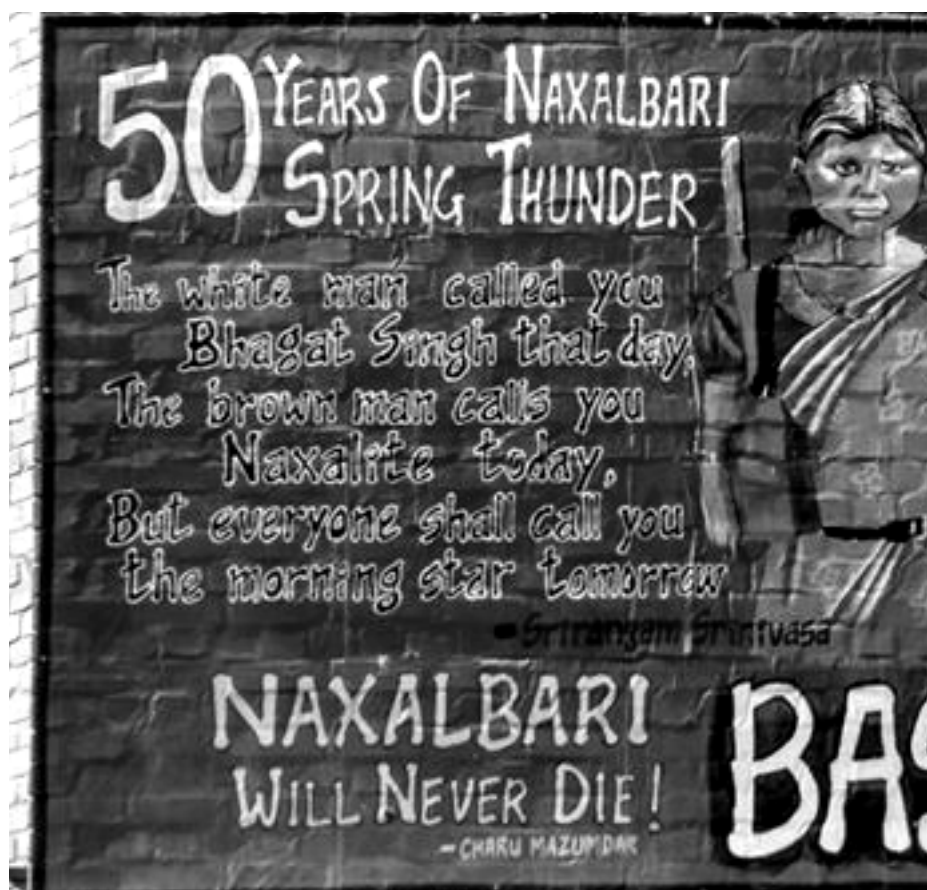
richtige Linie Maos. Somit war Naxalbari ein wichtiger Sieg gegen den Revisionismus und legte den Grundstein für die Gründung einer maoistischen Partei, die ihren Höhepunkt im Einheitskongress 2014 erreichte!

Der Volkskrieg in Indien

Mit dem Naxalbari-Aufstand wurde der Weg der neudemokratischen Revolution durch den langandauernden Volkskrieg eingeleitet. Seit 50 Jahren entwickelt sich die Revolution in Indien, der Volkskrieg, der von der KPI (Maoistisch) geführt wird, wird heute vom indischen hindufaschistischen Staat als "größte Bedrohung der inneren Sicherheit" eingestuft. Der Volkskrieg in Indien ist heute der größte Volkskrieg der auf der Welt geführt wird, in den befreiten Gebieten wird die Neue Macht aller revolutionären Klassen aufgebaut.

Voran im Volkskrieg in Indien!

Naxalbari wird niemals sterben!



Neudemokratische Revolution

Die KPI (Maoistisch) führt in Indien heute die neudemokratische Revolution an. Dieser Typ an Revolution wurde von Mao Zedong entwickelt, als erster Schritt der proletarischen Revolution der in unterdrückten Ländern gemacht werden muss. In den Ländern in denen keine bürgerliche Revolution durchgeführt wurde, herrscht heute Halbfeudalität und Halbkolonialität, der Kapitalismus in diesen Ländern ist bürokratischer Kapitalismus und von Außen aufgesetzt. In

diesen Ländern muss als erste Aufgabe die Bodenfrage gelöst werden, das heißt eine Agrarrevolution zur Beseitigung der Halbfeudalität durchgeführt werden, aber nicht unter Führung der Bourgeoisie wie in den alten bürgerlichen Revolutionen, sondern unter Führung des Proletariats. Die neudemokratische Revolution ist eine notwendige Etappe hin zur sozialistischen Revolution in den unterdrückten Völkern und Nationen.

BRASILIEN

Größter Streik in der Geschichte des Landes

Am 28. April wurde in Brasilien der erste Generalstreik seit 21 Jahren durchgeführt, über 40 Millionen nahmen daran Teil. Ein großer Teil des Landes wurde lahmgelegt und es fanden in 130 Städten Aktionen und Streiks statt. Die arbeiter- und volksfeindliche Politik und auch die am Tag zuvor verabschiedeten Gesetze gegen ArbeiterInnen waren ein Grund für den Generalstreik.

In zahlreichen Städten gab es Demonstrationen und Kämpfe mit der Polizei. In Sao Paulo nahmen 70.000 an einer Demonstration teil, die Volksmassen kämpften mit Stangen, Steinen und Pyrotechnik. In Rio de Janeiro und Belo Horizonte wurden Busse, die von einigen Chefs zum Transport von Streikbrechern organisiert wurden, angezündet und als Barrikaden genutzt. In zahlreichen Städten errichteten

die Streikenden Barrikaden und blockierten wichtige Straßen. Die Demonstrationen richteten sich gegen den faschistischen brasilianischen Staat und seinem Präsidenten Temer. In zahlreichen Städten tauchten immer wieder Transparente gegen Großgrundbesitzer auf und es wurden wichtige Losungen verbreitet: "Es lebe die Agrarrevolution" und "Es lebe die neu-demokratische Revolution".

Die Liga der Armen Bauern (LCP), die revolutionäre Organisation vor allem der landlosen Bauern, kämpfte in zahlreichen Städten an vorderster Front, ihre Mitglieder blockierten in Belo Horizonte viele Straßen. Auf einigen Demonstrationen wurden auch Transparente zur Verteidigung des Lebens und der Gesundheit des Vorsitzenden Gonzalo mitgeführt.



Der Generalstreik ist ein weiterer Höhepunkt der Kämpfe in Brasilien in den letzten Jahren. Die Arbeiterklasse zeigte ihre revolutionäre Kraft, was eine wichtige Entwicklung ist. Vor allem der Aufschwung der revolutionären und kommunistischen Kräfte, ihre Aktivität und die Perspektive der neudemokratischen Revolution lässt die Kämpfe entschlossen voranschreiten.



HAMBURG: St. Pauli Fußballfans mobilisieren gegen G20!



Brasiliens Präsident Temer, zurzeit im "eigenen" Land mit großen Protesten konfrontiert, wird auch am G20 Gipfel teilnehmen - und den internationalen Zorn der Volksmassen zu spüren bekommen!

Einschränkung des Demonstrations- und Versammlungsrechts

Am 24.4.2017 beschlossen die Nationalratsabgeordneten von SPÖ und ÖVP die Änderung des Versammlungsgesetzes, welche massive Einschränkungen der Demonstrations-„freiheit“ mit sich bringt.

Die Änderungen beinhalten Folgendes:

Verlängerung der Anmeldefrist

Eine Demonstration oder Kundgebung muss nun 48 Stunden – und nicht wie bisher 24 Stunden – vorher angemeldet werden. Solch ein Vorgehen verhindert es, mit (angemeldeten) Protest rasch auf Ereignisse zu reagieren.

Verbot von Demonstrationen aufgrund außenpolitischer Interessen

Ein großer Angriff auf internationalistischen Protest, auf die internationale Solidarität, stellt jene Neuerung dar, die es möglich macht Protest zu verbieten, wenn es den außenpolitischen Interessen Österreichs widerspricht. Wann dies der Fall ist definiert dabei die Regierung selbst.

Jede Versammlung, „*die der politischen Tätigkeit von Drittstaatsangehörigen dient und den anerkannten interna-*

tionalen Rechtsgrundsätzen und Gepflogenheiten oder den völkerrechtlichen Verpflichtungen, den demokratischen Grundwerten oder außenpolitischen Interessen der Republik Österreich zuwiderläuft, [kann] untersagt werden.“

Das bedeutet die Kriminalisierung von Protest, beispielsweise gegen die faschistische Regierung in der Ukraine, für die Verteidigung Palästinas, usw., leicht zu ermöglichen! Darunter können natürlich auch Proteste gegen die EU fallen. Mit dieser Neuerung, ist es nun offiziell möglich, dass Demonstrationen die der Regierung widersprechen, oder nicht passen, einfach verboten werden.

Schutzzonen

Eine weitere Änderung betrifft die sogenannten Schutzzonen, welche nun im Umkreis von 50 Metern einer Versammlung jede andere Versammlung verbietet. Nicht nur, wenn es sich um Demonstration und Gegendemo handelt, sondern ganz prinzipiell. Auch diese Bestimmung ist verfassungswidrig und auch diese Bestimmung hilft gerechtfertigten Protest zu verbieten und zu kriminalisieren.

Gegen diese Neuerungen gibt es auch unter Juristen viele kritische Stimmen. Unter anderem war im Standard (26.4.2017) ein Kommentar des Juristen Alexander Demblin zu lesen:

„Es sollte nicht vergessen werden, dass die Regierung Dollfuß das Versammlungsgesetz bemühte, um am 15. 3. 1933 den demokratisch gewählten Nationalrat am Zusammentreten zu hindern. Das Versammlungsgesetz ist eine besonders sensible Materie, es ist gefährlich, dass die Parlamentsmehrheit so leichtfertig mit einem hohen demokratischen Gut umgeht.“

Die Änderungen im Versammlungs-/Demonstrationsrecht sind zutiefst antidemokratisch! Alle ehrlichen demokratischen, antifaschistischen und revolutionären Kräfte stehen in der Pflicht gegen solche Gesetze anzukämpfen!

Es gilt so breit wie möglich die Leute zu mobilisieren, über alle möglichen Wege den faschistischen Charakter dieses Gesetzes zu propagieren und den Protest dagegen zu organisieren!

Die Rebellion ist gerechtfertigt!



Keine Einschränkung des Demonstrationsrechts!

Traditionscafe "Industrie" muss schließen

Seit 103 Jahren gibt es das traditionelle Wiener Cafehaus „Industrie“ am Margaretengürtel. Es ist eines der letzten seiner Art, dessen Geschichte eng mit der Geschichte und Tradition der Arbeiterbewegung ist. Diese Tradition zu bewahren stellte sich das Industrie zur Aufgabe. Regelmäßig fanden Lesungen, Veranstaltungen und kleine Konzerte im Industrie statt, wo hauptsächlich Leute aus dem Grätzl zu Wort kamen um ihre Gedichte oder Lieder vorzutragen. Es ist nicht übertrieben das Traditionscafe Industrie als eine Institution zu bezeichnen, nicht umsonst holte sich sogar Ernst Hinterberger, der Autor von „Ein echter Wiener geht nicht unter“ Inspiration genau dort.

Doch vor ca. einem Jahr begann ein regelrechter Kampf mit der Stadt Wien. Anscheinend ist der Stadt Wien das Industrie ein Dorn im Auge, denn sie ließ nichts unversucht das Industrie zu ruinieren. Es wurde ein Schallschutz verhängt, selbst Lesungen waren nach dieser Bestimmung zu laut, von Konzerten gar nicht zu sprechen. Das ist natürlich eine offensichtliche Frechheit, denn das Industrie liegt direkt am Margaretengürtel, einer Hauptstraße

an der täglich hunderttausende Autos fahren, von „Lärmschutz“ kann also nicht die Rede sein. Ruth Binder, die Betreiberin des Industrie wehrte sich dagegen, und schaffte es auch Lesungen wieder machen zu können, doch durften diese nicht mehr durch Mikrophone verstärkt werden, was einfach nur Versäuerung ist.

Nach einem einjährigen aufreibenden Behördenterror gegen das Industrie, muss es jetzt schließen. Vor allem die Lärmschutzbedingungen zerstörten die Atmosphäre und die Lebendigkeit von der das Industrie gelebt hat.

Danke an das aufrechte Team des Cafe Industrie, dass sie solange um dieses Traditionscafe gekämpft haben. Ihr seid ein wichtiger Teil der Volkskultur in dieser Stadt!



Korrespondenz aus dem Betrieb



Entlassungen, weil Leute keine Überstunden machen wollen

In unserem Betrieb gab es vor kurzem eine erzwungene „einvernehmliche“ Kündigung einer Mitarbeiterin, die keine Mehrarbeit mehr machen wollte. Der Grund, wieso wir überhaupt Überstunden machen mussten, war Personalmangel, nachdem schon vorher Leute gekündigt worden waren und die Stellen nicht nachbesetzt wurden.

Die besagte Mitarbeiterin hat nach mehreren Wochen gesagt: "Genug!" Gleichzeitig gab es keine Solidarität zwischen den Kollegen. Im Gegenteil! Die anderen wurden gegen diese Mitarbeiterin aufgehetzt, es hat dann geheißen: Wir ziehen alle am gleichen Strang, die Arbeit muss genauso gut erledigt werden trotz Personalmangels. Sobald einer mehr ausfällt, haben die anderen noch mehr zu tun. Dann wurde die Schuld aber nicht bei der Firmenleitung und ihrer Personalpolitik gesucht, sondern bei dieser Mitarbeiterin.

Von solchen Vorfällen hört man ständig. Dem so genannten Heer von Arbeitslosen steht eine Beschäftigungspolitik der Firmen gegenüber, die vom einzelnen Arbeiter komplette Aufopferung abverlangt. Es können damit die Arbeiter unter Druck gesetzt werden, weil sie jederzeit austauschbar sind. Politiker quer durch alle Parlamentsparteien geben leere Versprechen ab, etwas gegen die Arbeitslosigkeit zu tun, aber das wird in diesem System, das von den vielen Arbeitslosen profitiert, niemals passieren. Auch "Weiterbildungskurse" helfen dem Arbeiter gar nichts, man muss sich nur die Lage älterer Arbeiter oder der Jugendlichen ansehen. Die vielen Investitionen der Politik in die Weiterbildung der Arbeiter sind einerseits ein Beruhigungsmittel, andererseits schön es die wahren Arbeitslosenzahlen.

Was der Arbeiter braucht, ist Klassenbewusstsein! Nicht mit den Chefs an einem Strang ziehen bei Personalmangel! Wer ist für den Personalmangel verantwortlich? Nicht die Kollegen, die genug haben, nach Hause gehen wenn ihr Pensum erfüllt ist, in den Krankenstand gehen oder streiken! Sondern die Chefs die am Personal einsparen um ihren Gewinn zu steigern. Für die Arbeitslosen zahlen auch nicht die Bonzen, sondern die Allgemeinheit. Arbeiter werden deswegen auch oft bei längeren Ausfällen aus gesundheitlichen oder saisonalen Gründen auf Zeit gekündigt und dann (wenns den Chefs passt) wieder eingestellt. In allen Fällen ziehen die Chefs mit den Mitarbeitern auch nicht an einem Strang - wie sie es von uns aber verlangen!



Helene Kuchar – „Jelka“

(1906-1985)



Helene Kuchar, Partisanenname „Jelka“, wurde 1906 als Kärntner-Slowenin geboren. 1942 begannen die Nazis damit, die Kärntner-Slowenen zu deportieren und es bildeten sich Partisaneneinheiten. Als Alleinerzieherin von sechs Kindern unterstützte sie die Partisanen, versteckte sie, versorgte sie mit Lebensmitteln, Kleidung und Information und war Mitglied im illegalen Ortsausschuss der Befreiungsfront (Osvobodilna Fronta/Österreichische Freiheitsfront, OF). Sie war vor allem eine wichtige Organisatorin der Frauen in Kärnten, als Sekretärin der antifaschistischen Frauenfront. 1943 ging sie „in die Berge“ (zu den PartisanInnen) wo sie durch die Partei in ideologisch, politisch und verdeckter Arbeit ausgebildet wurde. Durch einen Verrat wurde sie verhaftet und gefoltert. Als sie wieder frei kam, setzte sie ihre politische Arbeit fort. Sie kämpfte auch nach 1945 in der Illegalität gegen die englischen Besatzer, die mit ehemaligen Nazis und der Ustascha zusammenarbeiteten. Jelka war ihr Leben lang eine mutige Antifaschistin, sie kämpfte mit allen Mitteln für die Befreiung Österreichs von den Nazifaschisten und gegen die Unterdrückung der Kärntner-Slowenen.

„Solange wir gegen den Hitler gekämpft hatten, dachten wir: Morgen wird Gerechtigkeit sein in Kärnten! Daraus ist nichts geworden. Jetzt darf man die Glut nicht ausgehen lassen. Aus der Glut kann einmal ein neues Feuer entstehen.“

„Drei rote Pfiffe“

"Drei Rote Pfiffe" ist ein Lied über die Partisanin Jelka (von der Gruppe "Die Schmetterlinge"). Es ist ein sehr gelungenes Lied über Antifaschismus und den Widerstand gegen den Nazifaschismus in Österreich - AntifaschistInnen hierzulande sollten es unbedingt kennen (und bestenfalls singen können)! Im Folgenden findet ihr den Text, die Musik dazu findet ihr auf youtube oder auf der facebook Seite der AfA!

Im Kreis ihrer Enkel die alte Frau, zeigt mit erhobener Hand auf die Wälder, die dunklen über der Drau: Jetzt zeige ich euch euer Land, jetzt zeige ich euch euer Land.

Dort drüben hab' ich geschuftet am Hang, als ich ein Kind noch war. Bei der Christmette mit Glockenklang hing Eis von Rock und Haar, hing Eis von Rock und Haar.

Die Bergkappen kamen vom Lindenwirt und flüsteren heimlich mit List; dass sich in der Welt was ändern wird, nichts bleiben muss, wie es ist; nichts bleiben muss, wie es ist.

Refrain:

Verschwiegene Bäume, verschworener Wald.

Und drei rote Pfiffe, drei rote Pfiffe, drei rote Pfiffe im Wald.

Die Drau hinunter trieb Mond um Mond, es brach der Faschistenkrieg aus. Da hatte ich dann einen Mann an der Front und hatte 3 Kinder im Haus, und hatte 3 Kinder im Haus.

Wie tönte da markiger Nazigesang von deutschem Boden und Blut. Manch ein Bursch in den Wald entsprang. Ich trug Flugblätter unter dem Hut. Ich trug Flugblätter unter dem Hut.

Der Gestapo war kalt und der Gauleiter schalt: Partisanen im eigenen Land! Ich trug Geflüster und Brot in den Wald.

Sie haben mich Jelka genannt. Sie haben mich Jelka genannt.

Der Winter war nass und uns wärmte der Hass, viele sind's die die Erde heut birgt. Wir haben gefochten, dort oben am Pass, an unsrer Befreiung gewirkt. An unsrer Befreiung gewirkt.

Der Krieg war vorbei, da war Stille im Land, da waren die Lautesten leis. Sie nahmen das Hitlerbild von der Wand. Ihre Westen, die wuschen sie weiß. Ihre Westen, die wuschen sie weiß.

Ihr, meine Enkel, was hört ihr so stumm die alten, die kalten Berichte? Jetzt trampeln sie wieder auf euren Rechten herum, erinnert euch meiner Geschichte. Erinnert euch meiner Geschichte.

KROATIEN

Protest gegen Abtreibungsgegner

ZAGREB, 20.Mai: Zahlreiche AktivistInnen, die sich einem Marsch von Klerikalfaschisten wurden verhaftet und körperlich angegriffen.

Einige 100 Abtreibungsgegner demonstrierten an diesem "Tag für das Leben" - gegen das Recht auf Abtreibung. Einige Gegendemonstranten versperrten mit Sitzblockaden den Weg. Es dauerte nicht lange und die Polizei eilte den Faschisten zur Hilfe. Die Aktivistinnen wurden nicht nur verhaftet, sondern auch körperlich attackiert und beschimpft. Eine Aktivistin berichtete sie wurde als Hündin bezeichnet und angespuckt - von einem Teilnehmer des „Für das Leben“ Protestes. Weiters meinte eine Aktivistin gegenüber den Medien, es ginge nicht allein um das Recht auf Abtreibung, sondern ihr Protest richtet sich gegen den Abbau demokratischer Rechte, wie es gerade in vielen Nachbarländern zu beobachten ist - wo Menschenrechte täglich in Frage gestellt werden.



INDIEN



Erfolgreiche bewaffnete Aktion in Indien

Gute Entwicklung über den Volkskrieg in Indien sind zu berichten:

Am 24. April führten die Kämpfer der Kommunistischen Partei Indiens (maoistisch) eine bewaffnete Aktion in Sukma im Gebiet Bastar durch. Die Aktion war auf ganzer Linie ein Erfolg, sie versetzte den bewaffneten Kräfte des Imperialismus und des indischen Staates einen gehörigen Schlag. Bei dem Angriff auf eine Polizeikollone wurden 26 Pol-

izisten getötet. Es war die zweite erfolgreiche bewaffnete Aktion in Sukma in kurzer Zeit.

Auf dies hinauf antwortete der indische Staat mit enormer Aufstockung seiner Streitkräfte in dem Gebiet Bastar. 2000 Mitglieder der paramilitärischen Spezialeinheit CoBra sollen dort in nächster Zeit stationiert werden. Diese werden aber aus den anderen Gebieten wo die maoistischen Kräfte aktiv sind, wie in Madhya Pradesh, Bihar oder Westbengalen abgezogen. Dies gibt den Kom-

munistInnen dort eine gute Ausgangslage für kommende Aktionen. Weiters plant der faschistische indische Staat seine Überwachung per Mobilfunktürme zu erweitern, so sollen im nächsten Jahr 3000 dieser Türme in den Gebieten mit starker maoistischer Aktivitäten zur Überwachung aufgestellt werden.

Doch all ihre faschistischen Methoden werden ihnen langfristig nichts nützen, das indische Volk schreitet voran im Volkskrieg.

TÜRKEI/NORDKURDISTAN

„Wir haben 12 KämpferInnen verloren!“

Bei einer Operation der faschistischen Staatskräfte zwischen dem 24. und 28. November 2016 in Dersim kam es zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Einheiten der Volksbefreiungsarmee (TIKKO) und den Staatskräften. Dabei gab es auf Seiten der Staatskräfte Tote und verletzte Soldaten und es sind 12 KämpferInnen der TIKKO im Kampf gefallen.

„Unter der Führung unserer Partei, auf dem Weg des Volkskrieges, dem Guerillakampf, sind 12 unserer roten Sterne gefallen.“

(Erklärung der TKP/ML TIKKO Dersim Regionskommandantur)

Die 12 Gefallenen haben ihr Leben für die Interessen des Volkes gegeben.

„Der Tod ist jedem beschieden, aber nicht jeder Tod hat die gleiche Bedeutung. [...] Stirbt man für die Interessen des Volkes, so ist der Tod gewichtiger als der Tai-Berg; steht man im Sold der Faschisten und stirbt für die Ausbeuter und Unterdrücker des Volkes, so hat der Tod weniger Gewicht als Schwanenflaum.“ (Mao Zedong)



Nachrichten und Informationen über die revolutionäre Bewegung weltweit:

www.DemVolkeDienen.org

GEGEN DIE G20!

Auf nach Hamburg!

6. - 8. Juli 2017

Hamburg



Gegen die G20!

**dem Imperialismus und seiner
der proletarische Internationale**